

»Unabhängige Forscher haben es schwer«

Beim Haager Tribunal gegen Monsanto stimmten Zeugen aus verschiedenen Regionen in ihren Vorwürfen gegen den Agrarriesen überein. **Gespräch mit Corinne Lepage**

Das Monsanto-Tribunal vom vergangenen Wochenende war eine der wichtigsten Initiativen der Zivilgesellschaft der vergangenen Jahre. Aus welchem Grund haben Sie sich im Organisationskomitee engagiert?

Das Tribunal vertritt die Rechte der internationalen Zivilgesellschaft gegenüber Monsanto. Ich selbst bin Juristin, Politikerin und Mitglied in zwei Nichtregierungsorganisationen. Daher weiß ich, wie schwierig es für die Opfer von Monsanto ist, gegen diesen Konzern zu klagen.

Welche Konsequenz wird die Initiative haben?

Zunächst einmal muss man verstehen, dass es nicht Ziel des Tribunals war, Monsanto zu verurteilen oder zu bestrafen. Aus diesem Grund ist auch die Reaktion von Monsanto, diese Veranstaltung sei ein Witz und habe keinerlei Bedeutung, völlig irrelevant. Es geht nicht um die direkte juristische Konsequenz für den Konzern. Es geht darum herauszufinden, ob die Tätigkeiten von Monsanto den internationalen Regeln entsprechen. Ich hoffe, dass es als Ergebnis eine juristische Entscheidung darüber geben wird, ob die Tätigkeiten von Monsanto legal sind und welche nicht.

Eröffnet dieses Tribunal Möglichkeiten, internationale Strafgesetze für den Schutz der Natur und die Gesundheit zu etablieren?

Ich denke, jeder kann erkennen, dass sich die in Den Haag vorgebrachten Zeugenaussagen aus den verschiedenen Regionen der Welt sehr ähneln. Wir stellen weltweit fest: Es gibt die gleichen Erkrankungen bei Menschen, die gleichen Probleme in der Landwirtschaft, die gleichen Probleme in der Natur. Das Sterben von Tieren der Umwelt ist überall unübersehbar. Was die Möglichkeiten des heutigen internationalen Rechts diesbezüglich angeht, benötigen wir zwei Dinge: Erstens brauchen wir ein internationales Strafgericht für den Schutz der Natur und der Gesundheit. Und zweitens benötigen wir Gesetze, die die Verurteilung von multinationalen Unternehmen ermöglichen. Wir haben dazu bereits lokale und nationale Strafgesetze, aber wir

haben keine diesbezüglichen internationalen Strafgesetze.

Wie schätzen Sie den Einfluss des Ergebnisses des Tribunals auf die Entwicklung einer unabhängigen wissenschaftlichen Forschung ein?

Bei den Zeugenaussagen der Wissenschaftler konnten wir feststellen, wie schwierig es die unab-

hängigen Forscher im Moment haben. Die Unternehmen haben viele Verbindungen zu den Universitäten und beeinflussen die Forschung. Mit ihren Interessen beeinflussen sie auch die Politiker und die Mitarbeiter in den Verwaltungen. Außerdem ist es immer schwieriger geworden, Geld für die Forschung zu bekommen. Ich hoffe, dass die Entscheidung des Tribunals präzisieren

helfen wird, welche Studien heutzutage als wissenschaftlich sicher gelten, welche Ergebnisse als wahrscheinlich und welche als unbewiesen. Außerdem hoffe ich, dass die Rechtsanwälte der Opfer in den verschiedenen Ländern die Entscheidung des Tribunals für ihre Arbeit nutzen und in der Folge auch neue Studien fordern werden, um damit offene Fragen zu beantworten.

Welche Verantwortung haben die Menschen in den Industrieländern, insbesondere in der BRD?

Die deutsche Öffentlichkeit spielt eine sehr wichtige Rolle in Europa. Die Menschen in Deutschland sind sehr umweltbewusst und nehmen darin eine Vorreiterstellung ein. Gleichzeitig ist es Deutschland, dass innerhalb der EU die Evaluation von Glyphosat übernommen hat. Und es sind somit deutsche Institutionen, die die Evaluationsergebnisse geheimhalten und die Studien nicht veröffentlichen bzw. die positive Bewertung von Glyphosat seit den achtziger Jahren fortsetzen. Mittlerweile sind fast 40 Jahre vergangen, und es gibt neue Studien. Es gibt neue Forschungsergebnisse zu den Ursachen von Krebs, aber die werden nicht berücksichtigt. Ich denke, die deutsche Öffentlichkeit sollte den Behörden, die die Wirkung von Glyphosat evaluieren, viele Fragen stellen.

Interview: Regina Schwarz

■ Infos und Petition: monsanto-tribunald.org



Corinne Lepage ist Anwältin, spezialisiert auf Umweltfragen, ehemalige französische Umweltministerin und war von 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlamentes